

Initiativantrag

Antrag an die 63. Mitgliederversammlung des fzs e.V.

Initiator*innen: gmg Koordination (fzs)

Titel: Pro Choice! Immer und überall!

1 Der fzs solidarisiert sich mit den Aktivist*innen in Polen und weltweit, die für
2 das Recht auf körperliche Selbstbestimmung von Menschen, die schwanger werden
3 können, einsetzen. Schwangerschaftsabbrüche sind Teil einer grundlegenden
4 Gesundheitsversorgung, die allen Menschen überall jederzeit und unentgeltlich
5 zur Verfügung stehen sollte.

6 Der fzs versteht die zunehmende Einschränkung des Zugangs zu
7 Schwangerschaftsabbrüchen nicht als isoliertes Phänomen, sondern als Teil einer
8 politisch gewollten Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse.
9 Bestrebungen, Schwangerschaftsabbrüche zu kriminalisieren, sind Teil einer
10 misogynen Politik, die nicht auf die Gleichberechtigung der Geschlechter aus
11 ist, sondern Frauen und Menschen, die schwanger werden können, verachtet und ihr
12 Leid und ihren Tod billigend in Kauf nimmt.

13 Als am Donnerstag das polnische Verfassungsgericht erklärt hat, dass der Abbruch
14 einer Schwangerschaft bei einem totkranken Fötus verfassungswidrig ist, hat es
15 zugleich eines der restriktivsten Gesetze zu Schwangerschaftsabbrüchen in Europa
16 noch weiter verschärft und 98% der Schwangerschaftsabbrüche in Polen
17 illegalisiert. In Polen dürfen nur noch Schwangerschaften abgebrochen werden,
18 die das Ergebnis einer Vergewaltigung sind oder das Leben der schwangeren Person
19 gefährden. Einmal schwanger ist mensch in Polen jetzt also per Gesetz dazu
20 gezwungen, die Schwangerschaft bis zu deren natürlichem Ende auszutragen.
21 Frauenkörper und die Körper jener, die schwanger werden können, werden zu so zu
22 Brutgefäßen degradiert, deren Selbstbestimmung in keiner Hinsicht zu
23 berücksichtigen ist.

24 Schwangerschaftsabbrüche zu illegalisieren, sorgt allerdings nicht für weniger

25 Schwangerschaftsabbrüche oder gar eine bessere Familien-, Gesundheits- oder
26 Sozialpolitik wie es die *Geneva Consensus Declaration*, die unter anderem von
27 Polen, Ungarn und den USA ebenfalls am Donnerstag unterzeichnet wurde,
28 suggeriert. Derzeit finden 45% aller Schwangerschaftsabbrüche unter Bedingungen
29 statt, die die WHO als ‚unsafe‘ deklariert [3]. Etwa 13% der weltweiten
30 Müttersterblichkeit lassen sich auf unsichere Schwangerschaftsabbrüche
31 zurückführen [4]. Unsichere Abbrüche zählen damit zu den fünf großen Ursachen
32 für Müttersterblichkeit. Wer Schwangerschaftsabbrüche illegalisiert, schießt auf
33 den Tod tausender Frauen und Menschen, die schwanger werden können und nimmt ihn
34 Kauf.

35 [3] <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/preventing-unsafe-abortion>

36 [4] <https://apps.who.int/iris/rest/bitstreams/109706/retrieve>

37 Am 22.10.2020 hat das polnische Verfassungsgericht entschieden, dass ein Teil
38 der Gesetzgebung zu Schwangerschaftsabbrüchen verfassungswidrig ist. Damit sind
39 Schwangerschaftsabbrüche in Polen jetzt defacto illegal [1]

40 Am gleichen Tag haben die USA, Brasilien, Ägypten, Ungarn, Indonesien, Uganda,
41 Polen und 26 weitere Staaten eine Erklärung unterzeichnet, die das Recht auf
42 Schwangerschaftsabbruch als Teil der Gesundheitsversorgung nicht anerkennt [2].

43 [1] <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-10/polen-schwangerschaftsabbruch-krankheit-foetus-verbot-gesetz>

45 [2] <https://www.hhs.gov/sites/default/files/geneva-consensus-declaration-poster.pdf>